



SID

Society for International Development
Berlin Chapter

Protokoll vom 23. Afrikakreis

Thema: Chinas Afrikapolitik – konterkariert sie die Demokratisierung des Kontinents?

**Referenten: Dr. Denis M. Tull (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP),
Sebastian Groth (Auswärtiges Amt),**

Dr. Denis M. Tull (SWP)

Die Volksrepublik China hat sich in den vergangenen zehn Jahren als einflussreicher Akteur in Afrika südlich der Sahara etabliert. Dies stellt eine der zentralen jüngeren Entwicklungen auf dem Kontinent dar, die sowohl die innenpolitischen Verhältnisse in den afrikanischen Staaten, als auch ihre Außenbeziehungen nachhaltig beeinflussen könnte.

Ausgehend von den Ursachen, Zielen und Strategien der neuen chinesischen Afrikapolitik untersucht die Studie die Frage, wie sich Chinas zunehmendes Engagement auf die politische und ökonomische Entwicklung in Afrika südlich der Sahara auswirkt bzw. auswirken könnte. Des Weiteren geht sie der Frage nach, in welchem Verhältnis Chinas afrikabezogene Außenpolitik zur Afrikapolitik Deutschlands steht und welche Implikationen sich daraus für die Bundesrepublik ergeben.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Chinas Afrikapolitik zwar eindeutig von wirtschaftlichen Interessen bestimmt wird, seine internationalen und geopolitischen Ziele aber ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Dass China seinen Einfluss in der Region rasch auszudehnen vermag, beruht vor allem auf seiner Attraktivität für die afrikanischen Länder. Aus ökonomischer Sicht ist Peking für Afrika zu einem alternativen Handelspartner zu den westlichen Staaten geworden; politisch bedeutsam ist Chinas vehemente Verteidigung des Prinzips der staatlichen Souveränität, die dazu beiträgt, die Handlungsspielräume autoritärer Regierungen zu erweitern.

Die Rückkehr Chinas auf die afrikapolitische Bühne wirkt sich auf die Länder der Region überwiegend negativ aus. Die Prämissen der chinesischen Außenpolitik stehen im Widerspruch zu den gemeinsamen Bemühungen afrikanischer und deutscher Akteure zur Förderung von Demokratie, Konfliktprävention und Transparenz und drohen diese zu unterlaufen.

Der Volltext der SWP-Studie „Die Afrikapolitik der Volksrepublik China“ von Dr. Denis M. Tull kann unter www.swp-berlin.org entnommen werden.

Statement von Sebastian Groth (Auswärtiges Amt):

Herr Groth konstatierte, dass sich die Investitionen Chinas zunächst einmal positiv auf Afrika auswirken. In dieser Hinsicht komme es zu einer win-win Situation. Auch im Bereich Handel profitieren beide Seiten, wobei die Gefahr von sich verschlechternden terms of trade für Afrika durchaus gegeben ist. Kritisch sieht Sebastian Groth hingegen die merkantilistischen Tendenzen der Chinesen, also den wachsenden Zugriff auf die Ressourcen afrikanischer Länder. Der politische Einfluss wirke den Bemühungen der EU und der USA um Demokratisierung/Aufbau von Governancestrukturen entgegen. Auch bezüglich der westlichen Bemühungen um Frieden in Afrika bewertet er die Rolle Chinas weniger positiv. Herr Groth sieht als Ergebnis der Analysen der Rolle Chinas in Afrika eine Reakzentuierung der geopolitischen Interessenlage, d.h. ein Kampf um geopolitische Einflusssphären in Afrika, also auch in solchen Ländern ohne wichtige Ressourcen aber mit großer politischer Bedeutung wie z.B. Äthiopien mit der Hauptstadt Addis Abeba, in der sich der Hauptsitz der AU befindet.

Dennoch sieht Sebastian Groth durchaus Anlass zum Optimismus, wenn man sich beispielsweise die erfolgreiche Einbindung Chinas in das Verhandlungssystem der WTO anschaut oder erkennt wie China bezüglich der Politik gegenüber Nordkorea und dem Iran, seiner Rolle als verantwortungsvoller Akteur im VN-System durchaus gerecht wird. Weiterhin werde die chinesische „Klassensprecherrolle“ für den „Süden“ nicht aufrecht zu erhalten sein, da sich China durch das starke Wachstum zunehmend mehr von den Positionen der Mehrheit der Entwicklungsländer entfernt. Im Bereich der Investitionen in Ölförderung werde auch China die Notwendigkeit von politischer Stabilität, die in demokratischen Strukturen am ehesten gegeben sei, erkennen, um einen ausreichenden return of investment erzielen zu können. Groth fordert eine zunehmende Einbindung Chinas in multilaterale Strukturen, sei es in die Arbeit der OECD (DAC) oder durch die Beteiligung der Treffen von G8/G7. In diesem Kontext bewertet er die Chancen durchaus positiv.

Anmerkungen und Fragen der Diskutanten:

Einige Diskutanten merkten an, dass es in der chinesischen Afrikapolitik durchaus schon immer eine gewissen Kontinuität gegeben hat. Die Positionen der chinesischen Außenpolitik in Afrika (Bsp. Tansania) haben sich schon vor Jahrzehnten entwickelt. Die wirtschaftlichen Interessen Chinas seien in den Statements gegenüber der politischen Einflussnahme zu stark gewichtet worden. Darauf entgegnete Denis M. Tull, dass er deshalb auch eher von einer Rückkehr des chinesischen Einflusses in Afrika sprechen würde.

Zum Optimismus bezüglich der Aufnahme Chinas in die WTO wurde bemerkt, dass China seine Interessen von Anfang an überaus stark eingebracht und durchgesetzt habe.

Von einem Diskutanten wurde betont, dass die Ressourcen- und Entwicklungspolitik Chinas und des Westens gegenüber Afrika gar nicht so gegensätzlich seien. So verfolge insbesondere die USA ebenfalls ihre vitalen Interessen vor allem hinsichtlich der Sicherung von afrikanischen Ölressourcen. Dazu merkte Sebastian Groth an, dass China, im Gegensatz zu den westlichen Ländern, keinerlei Unterscheidung zwischen Ressourcen- und Entwicklungspolitik mache, und sich im Westen bezüglich dieser Problematik in den vergangenen Jahren durchaus Lernprozesse eingestellt haben. Zudem sei speziell die BRD hinsichtlich jener Problematik vergleichsweise „unbefleckt“, weil Deutschland in diesem Bereich per se weniger harte und tiefer gehende strategische Interessen verfolge. Herr Groth teilt in diesem Kontext nicht die Gleichsetzung amerikanischer und chinesischer Politik und sieht hier einen qualitativen Unterschied in der Umsetzung jener Interessenpolitiken.

Ein weiterer Diskutant verwies auf die Problematik der deutschen Forderungen nach und Bemühungen um Demokratisierung und good governance in Afrika (als sozusagen antichinesische Mauer), wenn gleichzeitig die afrikanischen Staaten sehen können, dass die BRD selbst beste Beziehungen mit China, trotz der dortigen Defizite im Bereich Demokratie- und Menschenrechte, anstrebe.

Prof. Peter Waller kritisierte, dass China gerade dabei ist, dieselben Fehler im Umgang mit autoritären Regime zu machen, wie sie die westlichen Länder einst gemacht haben. Er hoffe in diesem Zusammenhang auch auf Lernprozesse Chinas.

Ein Diskutant stellte die Frage, ob in Afrika heute bereits die Konkurrenz um Einfluss und die Bipolarisierung zwischen China und dem Westen, welche die globale Zukunft vielleicht bestimmen wird, zu erkennen ist? Und wie sehen die afrikanischen Länder selbst den Einfluss Chinas bzw. des Westens? Auf letztere Frage antwortete Denis M. Tull zusammenfassend, dass die Ambivalenz der chinesischen Afrikapolitik und die sich daraus ergebenden Chancen, Verführungen und Gefahren für demokratische und wirtschaftliche Entwicklungen in afrikanischen Staaten, vielen Regierungen dieser Staaten sehr bewusst sei.